

Berlin, den 27. März 2002

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik unter der Leitung von **Dr. Friedbert Pflüger MdB**:

Verteidigung und Verständigung:
Für einen Harmel-Bericht-II der NATO

Seit dem 11. September 2001 ist die neue Bedrohung der zivilisierten Welt durch einen neuen Gegner offenkundig geworden. Anders als die alte Sowjetunion sind die heutigen Feinde diffuser, anonym und schwerer zu greifen und zu begreifen. Doch ihr fanatischer Hass auf unsere Welt ist womöglich zerstörerischer als es die Sowjetideologie jemals war.

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus findet weitgehend ohne die westliche Allianz statt, obwohl erstmals der Bündnisfall ausgerufen wurde – und bis heute gilt. Statt eines geschlossenen Vorgehens der NATO-Partner erlebte die Welt einen Wettlauf nationaler Eitelkeiten. So eklatant wie noch nie erscheint seit dem 11. September 2001 die wachsende Kluft im Bündnis: Die Amerikaner führen Krieg - die Europäer räumen auf und bezahlen den Wiederaufbau. Ausgerechnet in Zeiten der größten Bedrohung wachsen zudem auch die Unterschiede in der politischen Bewertung zwischen Europa und den USA bedrohlich an. Die Europäer werfen den Amerikanern Unilateralismus, die Amerikaner den Europäern Larmoyanz vor.

Nordamerika und Europa müssen sich *gemeinsam* für die globalen Risiken des 21. Jahrhunderts rüsten. Sie dürfen sich von ihren Gegnern nicht spalten lassen. Mit den Terroranschlägen auf die USA ist die Sicherheitspolitik zum *zentralen* Thema der transatlantischen Beziehungen geworden. Die NATO muss wieder zum *zentralen* Instrument werden, um die gemeinsamen Gefahren zu begegnen. Gefährlich lange haben US-Amerikaner und Europäer das Bündnis ignoriert, die USA durch ihren ostentativen Verzicht auf die militärische Nutzung der NATO, die

Europäer seit Jahren durch ihre strategische Unterfinanzierung ihrer militärischen Mittel.

Auf dem Prager Gipfel am 21. und 22. November 2002 muss die NATO sich als ein Hauptakteur in der globalen Sicherheitspolitik positionieren. In den Augen der CDU müssen drei große Aufgaben im Bündnis in den nächsten Monaten sorgfältig vorbereitet werden:

1. Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung des Bündnisses:

Eine Erweiterung um möglichst viele Beitrittskandidaten ist seit dem 11. September 2001 notwendiger denn je. Die Bundesregierung hat sich bis heute nicht zu diesem Thema geäußert und im Gegensatz zur ersten Erweiterungsrunde sich kaum an der konzeptionellen Vorbereitung beteiligt - obwohl es letztlich um den Transfer von Stabilität *in Europa* geht. Die CDU setzt sich entschieden für die Position der USA eines geeinten und friedlichen Europas ein, wie sie von US-Präsident Bush bei seinem Besuch in Warschau im Juni 2001 vertreten wurde. Die CDU befürwortet, dass neben den Balten, der Slowakei und Slowenien auch Bulgarien und Rumänien - als wichtige Bindeglieder für die Stabilisierung Südosteuropas - aufgenommen werden.

2. Die strategische Partnerschaft mit Russland:

In dem Moment, als die NATO zum ersten Mal den Bündnisfall erklärte, trat Russland als wichtiger Verbündeter der NATO auf den Plan. Präsident Putin hat Russland auch mit seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag auf der Weltbühne neu positioniert, denn der russische Präsident hat erkannt, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch der Sicherheit Russlands vor Bedrohungen aus der Region südlich ihres Territoriums dient. Vor diesem Hintergrund ist es daher wenig hilfreich, wenn die *Nuclear Posture Review* des Pentagon Russland wieder als mögliches Ziel nuklearer Raketen auflistet. Die CDU fordert, dass die historische Chance zur strategischen Partnerschaft mit Russland, aber auch mit der Ukraine genutzt werden. Insbesondere fordert die CDU die Weiterentwicklung des NATO-Russland-Rates, substantielle Fortschritte bei der Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der strategischen

Abrüstung. Ebenso wichtig ist der Ausbau der „Partnerschaft für den Frieden“ mit den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

3. Ausarbeitung einer *gemeinsamen* Strategie für die künftigen - und globalen - Aufgaben der NATO:

Dies bleibt in den Augen der CDU die wichtigste Aufgabe des Bündnisses. Dabei sollten sich US-Amerikaner und Europäer auf ihre alten Erfolgsrezepte besinnen. Vor 35 Jahren fand man in der NATO in einer Zeit ebenso großer politischer Differenzen eine konzeptionell neue und ideale Lösung. 1967 wurde sie im so genannten „Harmel“-Bericht (benannt nach dem damaligen belgischen Außenminister) festgeschrieben: statt eines kompromisslosen „Entweder-Oder“ zwischen Abschreckung und Entspannung definierte man eine „Doppelstrategie“ von militärischer Stärke einerseits und einer „Politik der ausgestreckten Hand“ andererseits, die sich historisch als visionär erwies.

Dieselbe strategische Weitsicht braucht das Bündnis heute wieder. Wie gegenüber der Sowjetunion gilt auch heute: Ohne Aufrechterhaltung von militärischem Druck ist Gegnern wie Al Quaida oder Saddam Hussein, die nicht vor Terroranschlägen ungekannter Dimension und auch nicht vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen zurückschrecken, nicht beizukommen. Wahr ist jedoch auch, dass das Militär allein die Welt von morgen nicht ordnen kann. Wieder muss neben der angedrohten Waffe die Diplomatie tätig werden. Wie damals für Europa, muss die NATO sich heute für eben den „südlichen Krisenbogen“ von Nordafrika, dem Nahem Osten, dem Persischem Golf bis Zentralasien das Ziel setzen, eine „gerechte und dauernde Friedensordnung“ zu errichten. Der Prager Gipfel der NATO wird daran zu messen sein, ob es US-Amerikanern und Europäer gelingen wird, sich wie in den siebziger Jahren auf eine solche „Doppelstrategie“ zu verständigen. Es geht um einen Harmel-Bericht II, diesmal für den langen Kampf gegen Terrorismus und tödliche Massenvernichtungswaffen.